

Einwanderung über den Luftweg

Wer glaubt, dass vor dem Hintergrund der Diskussion um Hochseesylanten und illegale Grenzübertritte kaum eine Einwanderung über den Luftweg erfolgt, der irrt gewaltig.

Das BAMF unternahm eine Umfrage und kam zu folgendem Ergebnis: Mehr als jeder dritte Asylbewerber kam laut Eigenauskunft mit dem Flugzeug in der Bundesrepublik an. In der ersten großen Zuwanderungsbefragung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), erklärten 15.401 volljährige Asylersuchende des Jahres 2019, auf dem Luftweg nach Deutschland eingereist zu sein.

Laut BAMF wurden „etwas mehr als 40.000“ der insgesamt 71.000 volljährigen Asylersuchenden befragt. Interessant wäre natürlich eine Gesamtzahl gewesen, also unabhängig vom Alter der einreisenden Migranten. Diese dürfte aber vor dem Hintergrund der aufkommenden Fragen hoffentlich bald ebenfalls beantwortet werden.

www.rep.de

Tauscht die Politiker aus, bevor sie euch austauschen!

facebook.com/Republikaner #wirbleiben

Bürgervertreter statt Berufspolitiker

Deshalb:

DIE REPUBLIKANER REP

Im Zuge des Kommunalwahlkampfes in NRW stellen wir ab jetzt immer wieder unsere neuen Plakate vor. Nachdem diskutiert wurde, ob die Wahlen aufgrund der Corona-Pandemie verschoben werden, wurde jetzt nochmals der Kommunalwahltermin am 13.09.2020 bestätigt. In dem einwohnerstärksten Bundesland wird unsere Partei in verschiedenen Städten wieder kommunalpolitisch mitwirken und dabei die Themen ansprechen, die viele Bürger wirklich bewegen.

Zehntausende demonstrieren einseitig gegen Rassismus

Nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd sich bundesweit mehrere Zehntausend Menschen versammelt, um gegen Rassismus und Polizeigewalt zu demonstrieren. Allein in München sollen es rund 25000 Menschen gewesen sein. Hintergrund der Demos ist der Tod von Floyd am 25. Mai bei einem brutalen Polizeieinsatz in der US-Großstadt Minneapolis. Wegen seines Todes kam es zu Protesten und teilweise auch Ausschreitungen in mehreren Städten der USA. In anderen Ländern folgten ähnliche Kundgebungen, sogenannte „Silent Demo“ (stille Demonstration), bei denen es aber trotzdem zu Ausschreitungen kam. Das hierbei der Tod von Floyd erkennbar instrumentalisiert wird, merken immer mehr Bürger. Weder wurde über die Vorstrafen von Floyd berichtet, noch finden sich bei der Tötung anderer Opfer so viele Menschen zusammen, um gegen Gewalt zu demonstrieren. Offenbar gibt es auch bei den Toten keine Gleichheit.

Bundesjustizministerin: Kinderpornografie kein Verbrechen

WWW.REP.DE

Schluss mit der Kuscheljustiz!

Lebenslänglich ist lebenslänglich

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) hat sich klar dagegen ausgesprochen, Kinderpornografie anstatt als Vergehen als Verbrechen einzustufen. Hierzu teilte sie mit: „Der pauschale Ruf nach einer abstrakten Strafrechtsverschärfung bei Kinderpornografie

führt nicht weiter“, sagte die SPD-Politikerin gegenüber der Presse. Ihre kaum nachvollziehbare Einstellung versuchte sie dann auch noch durch ein denkbar schlechtes Beispiel zu untermauern, was unterschwellig den Eindruck vermittelt hat, dass ihr das Gewicht solcher Taten offenbar nicht bewusst ist. So führte sie aus, dass unter den Straftatbestand Kinderpornografie auch schon das einmalige Posten eines kinder-pornografischen Comics fallen würde, der dann als Verbrechen anzusehen wäre und mit einer Mindeststrafe von einem Jahr zu belangen ist. Momentan ist bei Kindesmissbrauch das höchste Strafmaß zu 15 Jahren plus Sicherheitsverwahrung.

Wir Republikaner sehen dagegen die Notwendigkeit, dass Kinderpornografie natürlich als ein Verbrechen eingestuft wird und nicht nur als Vergehen. Es darf nicht weiter verharmlost werden, wenn Personen mit solchen Materialien hantieren. Es ist die Vorstufe zum tatsächlichen Übergriff. Deshalb ist auch die Bundesjustizministerin mit ihrer Einstellung eine personelle Fehlbesezung. Wer in diesem Amt nicht die Notwendigkeit erkennt, den Rahmen für solche widerlichen Taten zu verschärfen, der ist untragbar und muss umgehend ausgewechselt werden. Keine falsche Toleranz oder Empathie mit Kriminellen, die zum Bodensatz unserer Gesellschaft gehören!

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Seehofer will Italien und Malta Hochsee-Asylanten abnehmen

Deutschland will aus Seenot gerettete Migranten einreisen lassen, die in Malta und Italien an Land gegangen sind. "Wir werden auch in diesen Fällen Migranten aufnehmen", sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). "Die Tatsache, dass es eine Delle gab, liegt schlicht und einfach an der Corona-Entwicklung."

Deutschland hatte Italien und Malta in der Vergangenheit regelmäßig geholfen. Wegen der Corona-Pandemie wurden zuletzt jedoch keine Zusagen mehr gemacht. Derzeit entspanne sich die Lage aber, sagte Seehofer. Den beiden Mittelmeerländern sei angeboten worden, jeweils 80 aus Seenot gerettete Migranten zu übernehmen. Die Aufnahmen werden jeweils "Ende Juni, Juli" erfolgen, sagte der Innenminister. Malta hatte am Wochenende mehr als 400 gerettete Migranten an Land gehen lassen. Viele von ihnen saßen zuvor längere Zeit auf kleinen Quarantäne-Schiffen vor der maltesischen Küste und warteten dort auf ihre Einreise.

EU will 42 % mehr Beitragszahlungen von Deutschland

Deutschland ist schon jetzt Zahlmeister der EU. Jährlich werden 31 Milliarden Euro Beitragszahlungen fällig. Ab dem kommenden Jahr könnte die Summe nochmals deutlich steigen. Unter anderem wollen die Corona-Krise und der Brexit bezahlt werden. Deutschlands jährlicher Beitrag zum EU-Haushalt soll nach den Plänen der Europäischen Kommission in den kommenden Jahren um 42 Prozent steigen. Das habe die Bundesregierung auf der Grundlage des aktuellen Vorschlags der Kommission für den kommenden Langfristhaushalt der EU berechnet.

Der sogenannte Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) deckt sieben Jahre von 2021 bis 2027 ab. Blicke es auch nach den Verhandlungen der Mitgliedstaaten bei der Größenordnung des Kommissionsvorschlags, würde Deutschland nach Schätzungen aus dem Bundesfinanzministerium ab 2021 jedes Jahr im Schnitt 13 Milliarden Euro mehr als bisher in den EU-Haushalt einzahlen. Zuletzt hatte die Bundesregierung jedes Jahr durchschnittlich 31 Milliarden Euro nach Brüssel überwiesen. Bei einem Plus von 13 Milliarden Euro wären es künftig 44 Milliarden Euro und würde einen Anstieg von rund 42 Prozent bedeuten. Bei den Zahlen der Bundesregierung handelt es sich um Richtwerte, für die Berechnung des exakten Beitrags würden noch Details des Kommissionsvorschlags fehlen. Deutschland ist der größte Beitragszahler der EU. Im Schnitt zahlt die Bundesregierung jedes Jahr 13 Milliarden Euro mehr in den europäischen Haushalt ein, als sie rausbekommt. Die Beiträge steigen auch deshalb deutlich an, weil die EU wegen der Corona-Krise vor einem beispiellosen Wirtschaftseinbruch steht.

Die EU-Kommission hat deshalb ein riesiges Konjunkturpaket für den nächsten Haushalt aufgesetzt: Sie will den geplanten siebenjährigen Haushaltsrahmen in Höhe von 1,1 Billionen Euro durch ein schuldenfinanziertes Investitionsprogramm im Umfang von 750 Milliarden Euro ergänzen. Durch den Brexit fallen außerdem die Beiträge des Vereinigten Königreiches weg. Am Freitag wollen die Staats- und Regierungschefs der EU erstmals in einer Videokonferenz über die neue Haushaltsplanung beraten.

Aktuelle Veranstaltungen unserer Partei

Nach der Gesamtberuhigung infolge der Corona-Pandemie führen wir wieder regelmäßig Veranstaltungen in den verschiedenen Regionen und Bundesländern durch. Die jeweiligen gesetzlichen Lockerungen gestatten es uns wieder Informationsabende durchzuführen. Nutzen Sie daher die Chance und machen Sie sich ein Bild über unsere politischen Ziele!

! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung Lastschrift jährlich halbjährlich

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.